

Schubert spaltet die Stadt am Tag der Einheit

Eine Analyse zu Schuberts Gastbeitrag in der PNN

Natürlich steht es einem Oberbürgermeister gut zu Gesicht, sich am Tag der deutschen Einheit ans Volk zu wenden. Das hat etwas Staatsmännisches, auch wenn das Volk nur 180.000 Köpfe zählt und der Staat nur eine Stadt ist.

Schubert bemüht für seine Festschrift sogar die Revolution von 1848. Gleichzeitig verengt er diese auf die Einheit der Nation. Die deutsche Revolution von 1848 war Teil einer europäischen Revolutionsepoche. Es ging um viel mehr. Die Märzrevolution war vor allem eine Revolution gegen die preußische Monarchie. Schubert versucht einen revolutionären Bogen von 1848 bis 1990 zu spannen und vergisst, dass dieser schwarz-rot-goldene Traum von Freiheit besonders von 1871 bis 1945 einen großen Bogen um Potsdam gemacht hat. Hier herrschte schwarz-weiß-rot; von monarchistisch über nationalistisch bis faschistisch.

Schuberts Beitrag fehlt es im doppelten Sinne an einem roten Faden. Sechs Textabschnitte machen noch langen keinen guten Beitrag aus. Doch der rote Faden fehlt nicht nur im Text, sondern in der Bewertung. Der vorgenommenen, unvollständigen Ereignisbenennung fehlt jegliche Analyse oder Einordnung. Die „Vereinigung von Kirche, Staat und Militär“ war über viele Jahrhunderte die Grundlage von Monarchie und vererbter Alleinherrschaft. Sie bildete somit das Gegenstück zur modernen Republik, zur Demokratie. Die Garnisonkirche ist

somit ein Symbol der Antithese zur Demokratie und kein Mythos der Geschichte.

Doch was bezweckt Schubert mit dem Artikel? Was sagt er uns direkt oder indirekt?

Zunächst ist es nur Selbstzweck: Schubert erklärt sich selbst für „aufgeklärt“ und somit als herausragend aus der debattierenden Gruppe. Dann lugt aber unübersehbar der eigentliche, der konkrete Zweck hervor, bei dem er nach staatsmännischer Volte schnöde landet: Er rechtfertigt seine Parteinahme bezüglich des kompletten Baus der Garnisonkirche und des kompletten Abrisses des Rechenzentrums. Fast überliest man es. Begründet ist es nicht.

Er baut all denen eine Brücke, die einen Schlusstrich unter die Schulddebatte der deutschen Geschichte fordern, also den Nationalkonservativen und Rechtsaußen der Gesellschaft. Er ruft „zu einem souveränen Umgang mit der eigenen Geschichte“ auf ohne aufzuklären, was er damit meint. Die Relativierung von Geschichte ist der Anfang der Verdrängung und des Vergessens. Es ist die Basis für den alten Geist in neu gebauten Kulissen.

Was verrät uns der OB noch?

1. Er missdeutet die Beschlüsse aus 1990 als Erbe der friedlichen Revolution und vergisst, dass die Wiederaufbaudebatte der GK vom Westen in die Stadt getragen wurde und negiert den hiesigen 30-jährigen Widerstand dagegen. Auch negiert er die Spaltung der Stadtgesellschaft, die sich speziell aus dem Bauvorhaben Garnisonkirche seit dem ergibt. An dem Vorhaben kulminieren zahlreiche offene Streitpunkte und Defizite der Stadt und ihrer jüngeren Geschichte.

2. Er will ein Demokratie-Versprechen an eine zukünftige Generation geben, welches er gar nicht einhalten kann, da er nicht „Herr des Hauses“ und des Grundstückes ist bzw. sein wird und keinerlei Ideen und Mittel für dessen Umsetzung parat

hat. Das erinnert an die Klimadebatte: ferne Ziele formulieren, aber in der eigenen Legislatur nicht verantwortlich sein wollen.

3. Er will Demokratie lehren, aber schlägt mit dem Gastbeitrag alle Türen eines Dialoges erneut öffentlich zu. Kein Wort dazu, wie er mit den jüngst von zahlreichen Gruppen der Gesellschaft vorgetragene Aufforderung zum Dialog umgehen möchte. Er lässt somit jedes weitere Gespräch als sinnlos erscheinen.

4. Er stellt fest, dass in der Vergangenheit an der Plantage der eine Mythos den anderen ersetzen sollte und entwickelt daraus einen Vorwurf. Und nun befürwortet er genau dies. Ein „Mythos“ soll den anderen vertreiben, indem einer verklärt und der andere ausradiert wird. Schubert setzt die sogenannte „Kulturbarbarei“ der Nachkriegszeit mit umgekehrten Vorzeichen fort.

5. Er verortet technischen Fortschritt als sozialistische Utopie und erklärt gleichzeitig, dass dieser technische Fortschritt Einzug in unser aller Leben gehalten hat. In Ost und West, unabhängig von der Gesellschaftsform. Wie sonst würde die Rechenleistung des RZ heute auf einen USB-Stick passen? Sein Größenvergleich dient lediglich der Verunglimpfung des Ortes, bedeutet aber auch eine Distanzierung von seiner eigenen Sozialisation und polytechnischen Schulbildung.

6. Er konstruiert in „aufklärerischer Weise“ eine Gemeinsamkeit von Max Dortu mit der Garnisonkirche. Widersprüchlichkeit kennzeichnen auch die Geschichte der DDR oder die der SPD oder dem Lebensweg von Friedrich dem Großen. Nach Schubert haben sie damit alle eine Gemeinsamkeit und alle eine Berechtigung im Hier und Jetzt.

Was verrät der OB uns nicht?

Er verliert anlässlich des Feiertags kein Wort über gefühlte

und teils auch bestehende Ungleichheit in dieser Stadt, trotz 29 Jahre Einheits-Staat. Er spricht nicht über den realen Kulturkampf zwischen ost- und westsozialisierten Mitmenschen und die damit einhergehende Revision von Geschichte und Lebensläufen.

Schuberts Gastbeitrag in der PNN* ist bezogen auf das von ihm gewählte Thema ein zweiter Aufguss und hat keinen Neuigkeitswert. Der Beitrag wirkt bezogen auf den Anlass – den Tag der deutschen Einheit – sehr gezwungen und konstruiert. Vor allem aber offenbart der Beitrag Schuberts Schwächen. Mit seiner Parteinahme für das Garnisonkirchenprojekt spaltet er die Stadtgesellschaft und übergeht das Bürger*innen-Votum. Das ist politisch nicht nur schwach, sondern undemokratisch. Persönlich versucht er staatsmännisch zu sein, wirkt aber kleinlich. Er will ernst genommen werden, will moderieren, kann sich aber nicht wirklich lösen, von seinen Amtsvorgängern mit ihrer preußisch-protestantischen Verortung und den eingetretenen Pfaden.

Der Beitrag ist für einen Sozialdemokraten hinsichtlich seines Verständnisses von Demokratie und Geschichte (auch und besonders die der Garnisonkirche), ein Offenbarungseid. Für einen Oberbürgermeister ist der Beitrag auf Grund seiner Diskursunfähigkeit und -unwilligkeit ein Armutszeugnis.

**Die PNN wurden 1951 unter dem Namen „Brandenburgische Neueste Nachrichten“ als Organ der DDR-Blockpartei NDPD für das Land Brandenburg, bzw. die späteren Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus gegründet. Die NDPD war die Nationaldemokratischen Partei Deutschlands.*

Link zu Schuberts Beitrag vom 3.10.2019 in der PNN

<https://www.pnn.de/potsdam/gastbeitrag-die-potsdamer-garnisonkirche-als-mythos-des-vergangenen-und-chance-fuer-die-zukunft/25080966.html>